

Niederschrift

PBAR/013/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und
Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine
am 01.07.2025

Die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Alfred Uphaus	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

Vertreter:

Frau Dr. Meike Appelrath	CDU	Vertretung für Herrn Martin Beckmann
Herr Dominik Bems	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Ulrich Moritzer
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Holger Wortmann	CDU	Vertretung für Herrn Markus Tappe

Gäste:

Frau Matianis	Ingenieurbüro convis (ehem. agn)
Herr Kilian Kresing	Ingenieurbüro Kresings
Herr von Klonczynski	Ingenieurbüro Kresings

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann	Beigeordneter
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleitung FB 5
Frau Katharina Altehülsing	Mitarbeiterin Hochbau
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied

Herr Dr. Konietzko eröffnet die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Jansen stellt den Antrag, im öffentlichen Teil der Sitzung und nicht wie geplant im nichtöffentlichen Teil, Informationen über die Baumaßnahme in Bezug auf den Ratssaal unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt vorzutragen.

Herr Dr. Konietzko lässt über den Antrag abstimmen und nimmt dies unter TOP 7 auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung am 10.12.2024

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Dieckmann erklärt, dass die Überprüfung auf der Baustelle durch den Zoll Thema im Rat gewesen sei. Auch der Bürgermeister habe in der Ratssitzung die Kontrollen des Zolls, die es schon häufiger auf der Baustelle gegeben habe, begrüßt. Natürlich stelle man sich die Frage, was man gegen Verstöße tun könne. Herr Dieckmann weist darauf hin, dass schon zum Zeitpunkt der Ausschreibungen Auszüge aus dem Wettbewerbsregister eingeholt werden und bei eventuellen Unregelmäßigkeiten der Zoll diesen nachgehe. Auch müsse man sich für den Zugang zur Baustelle ausweisen. Zum aktuellen Stand gebe es noch keine ergänzenden Informationen, da die betroffenen Firmen aufgrund des Datenschutzes nicht genannt werden dürfen.

Herr Christian Jansen weist darauf hin, dass auch der Auftraggeber Verpflichtungen habe. Er fragt, ob es ein Unterbeauftragungsverbot vielleicht mit Auflagen gebe, Prüfverpflichtungen in den Vertrag enthalten seien und ob es Möglichkeiten für Kontrollen gebe.

Herr Ortel möchte wissen, ob Einlasskontrollen auch durchgeführt worden seien.

Herr Bems fragt, ob auch Subunternehmer im Wettbewerbsregister erscheinen und ob es für die betroffene Firma Konsequenzen aus dem Fehlverhalten gebe? Weiter frage er sich, ob man das Vergabeverfahren nachschärfen müsse, damit die Hürde für so ein Fehlverhalten erhöht werde.

Herr Dieckmann erläutert, dass es in vielen Themenbereichen ein ständiges „Katz-und-Maus-Spiel“ gebe, bei dem Hürden erhöht würden, um den Missbrauch zu erschweren. Er betont aber auch, dass es letztendlich eine Abwägung zwischen Aufwand und Nutzen sei. Im Wettbewerbsregister seien Tatbestände wie Sozialbetrug und Schwarzarbeit explizit aufgeführt, jedoch erst nach rechtskräftiger Feststellung. Firmen mit entsprechenden Einträgen seien automatisch von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen. Er berichtet, dass er in seiner bisherigen Tätigkeit, ob bei der Stadt Rheine oder zuvor in Osnabrück, noch keinen solchen Eintrag in einem Wettbewerbsregister gesehen habe. Weiter weist er darauf hin, dass Auftragnehmer zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe noch keine Subunternehmer angeben müssen, jedoch verpflichtet seien, sich an Recht und Gesetz zu halten. Die Kontrolle dieser Verpflichtung sei jedoch nicht in letzter Tiefe durch die Auftragsvergabe abgedeckt. Er erwähnt, dass Überlegungen zu einem Unterbeauftragungsverbot angestellt würden, um Kaskaden von Subunternehmern zu begrenzen. Herr Dieckmann möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Großteil der Firmen auf den Baustellen der Stadt Rheine ordnungsgemäß arbeiten.

Herr Uphaus unterstützt die Ausführungen von Herrn Jansen zur Kontrolle und verweist auf die hohen Kosten der Baustellenlogistik, die sich auf über 500.000 Euro belaufen würden. Die Eingangskontrolle sei eine einfache und umsetzbare Maßnahme, die ohne zusätzliche Kosten realisiert werden könne. Er weist darauf hin, dass alle Arbeiter und Ingenieure auf Baustellen Ausweise besitzen müssen, dass sie in einem ordnungsgemäßen Arbeitsverhältnis stehen. Zudem

betont Herr Uphaus, dass die Vergabe von Subunternehmeraufträgen gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) der Bauleitung angezeigt werden müsse. Er appelliert an die Architekten, ihrer Verantwortung zur Kontrolle nachzukommen, um illegale Praktiken zu unterbinden.

Frau Matianis bestätigt, dass jede Firma verpflichtet sei, ihre Nachunternehmer schriftlich anzumelden. Dies werde bereits bei der Auftragsvergabe abgefragt und ein Wechsel von Nachunternehmern müsse ebenfalls schriftlich gemeldet werden. Bevor ein neuer Nachunternehmer mit der Arbeit beginnt, müsse dies von der Stadt bestätigt werden. Sie weist darauf hin, dass Baustellenausweise nur gegen Vorlage eines Personalausweises ausgestellt werden dürfen. Dabei werde registriert, welcher Arbeitnehmer wo beschäftigt sei, wobei der Projektleiter oder ein Verantwortlicher der Firma die Zugehörigkeit zum Betrieb bestätigen müsse. Frau Matianis betont, dass alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen.

Herr Wisselmann fragt, ob bekannt sei, welcher Nachunternehmer die illegal beschäftigten Personen eingesetzt habe.

Herr Dieckmann erklärt, dass diese Information noch nicht vorliege, da das Verfahren beim Zoll noch laufe.

Herr Dr. Konietzko leitet abschließend zum nächsten Tagesordnungspunkt über und verweist darauf, dass das Thema im Rahmen von TOP 7 erneut aufgegriffen werde.

3. Einwohnerfragestunde

Bürger 1

Bürger 1 erkundigt sich, ob es im Zusammenhang mit den Folgen einer Zollkontrolle bei den einzelnen Gewerken zu Verzögerungen komme. Er merkt an, dass diese Frage möglicherweise auch unter Tagesordnungspunkt 7 behandelt werden könne. Er bittet um eine Einschätzung, ob bereits Klarheit über die Auswirkungen bestehe oder ob die Situation weiterhin ungewiss sei.

Herr Dieckmann antwortet, dass derzeit keine Verzögerungen erkennbar seien.

4. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Vorstellung des aktuellen Kostenstandes
Vorlage: 236/25

Frau Matianis gibt einen Überblick über den Kostenstand, Über- und Unterschreitungen sowie Reserven die eingeplant wurden.

Herr Wisselmann betont, dass es ihm wichtig sei anzumerken, dass der ursprüngliche Beschluss zu Beginn der Maßnahme einen Kostenrahmen von 65 Mio. Euro vorgesehen habe und nicht, wie jetzt angegeben, die Höhe von 80 Mio. Euro.

Herr Doerenkamp verweist auf die Vorlage 116/25, in der eine Kostenreduzierung von 1,3 Millionen Euro für den Rathausumbau erwartet worden sei. Er möchte wissen, wo dies in der aktuellen Übersicht zu sehen sei.

Frau Matianis erklärt, dass die Minderung der Kosten für die Ratssaaldecke 770.000 Euro brutto betragen und in der Kostengruppe 300 bereits eingeflossen seien und demgegenüber Mehrkosten in anderen Gewerken stehen. Es seien nicht die gesamten 1,3 Mio. Euro angerechnet worden, da der Betrag die bereits extra anfallenden Nachträge für den Abbruch beinhalte. Da diese nicht beauftragt wurden und auch nicht in der vorherigen Kostenrechnung enthalten waren, können diese auch nicht gegengerechnet werden.

Herr Doerenkamp erklärt, dass er erfahren habe, dass Freigaben von Nachtragsrechnungen fehlerhaft gewesen seien. Es seien Zahlungen für Leistungen freigegeben worden, die bereits in der normalen Leistungsausschreibung und nicht im Nachtrag enthalten gewesen seien.

Frau Matianis entgegnet, dass ihr solche Fälle nicht bekannt seien und verweist darauf, dass sie im Austausch mit der örtlichen Rechnungsprüfung stehe, um solche Unstimmigkeiten zu klären. Sie betont, dass die Plausibilisierung der Rechnungen durch die Projektsteuerung in Zusammenarbeit mit der Objektüberwachung erfolge. Dabei würden Stichproben durchgeführt, anstatt jede Menge und jeden Einheitspreis im Detail zu prüfen. Sie weist darauf hin, dass Fehler in diesem Prozess möglich seien, da nicht alle Vorgänge vollständig kontrolliert würden. Korrekturen werden an die Projektsteuerung zurückgespielt, dort erneut überprüft und anschließend an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Danach erfolge erst die endgültige Freigabe.

Herr Uphaus weist darauf hin, dass ihm zwei Positionen im Rahmen der Nachträge in Höhe von 6.000.771, 00 Euro auffallen, die eine Steigerung von 14 % bedeuten. Das gleiche gelte für Bau-nebenkosten, die um 12,8 % also 174.000,00 Euro gestiegen seien. Er bittet um Erläuterung, da es hier um wesentliche Abweichungen von den bisherigen Annahmen gehe.

Frau Matianis bestätigt die genannten Zahlen und erklärt, dass die Daten auf dem jeweils letzten aktuellen Stand basieren, der den Ausschussmitgliedern präsentiert worden sei. Man habe auszugsweise zusätzliche Leistungen und Nachträge gelistet, wie z. B. die Verlängerung der Standzeit eines Gerüsts, die Bauzeitverlängerung oder die Verlängerung des Einsatzes des Baulogistik-Koordinators. Dies habe zu Mehrkosten geführt, die nicht eingeplant gewesen seien und die üblichen Rückstellungen von 5 % nicht ausreichen würden. Da die genannten Bauzeitverlängerungsmaßnahmen zusätzlich entstanden seien, habe man sie extra aufgelistet.

Herr Christian Jansen erkundigt sich, welche weiteren latenten Risiken möglicherweise nicht in den aktuellen Berechnungen, insbesondere im Hinblick auf die bereits entstandene Bauzeitverzögerung, enthalten seien. Er frage sich, ab welchem Schwellenwert Risiken in die Kostenverfolgung mit aufgenommen werden und welche zunächst unberücksichtigt bleiben.

Frau Matianis erläutert, dass die Bewertung von Kostenrisiken, die aus Leistungszeitverlängerungen resultierten, komplex sei und einer genauen Prüfung bedürfen. Sie betont, dass baubetriebliche Nachträge engmaschig überprüft werden, um festzustellen, ob ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung bestehe. Dies erfordere eine detaillierte Analyse des Bauzeitenplans und der Arbeitsmöglichkeiten der betroffenen Firmen. Sie führt aus, dass es einen Rückstellungstopf in Höhe von 1,6 Millionen Euro für unvorhersehbare Risiken gebe. Sie weist jedoch auch darauf hin, dass man nicht pauschal davon ausgehen könne, dass alle 35 beteiligten Firmen Bauzeitverlängerungen in Rechnung stellen werden.

Herr Hachmann äußert sich positiv über den bisherigen Verlauf des Projekts. Er hebt hervor, dass die befürchteten extremen Baukostensteigerungen nicht eingetreten seien und die Kostenprognosen der letzten Monate und Jahre weitgehend präzise gewesen seien. Er betont, dass das Projekt insgesamt vernünftig geführt worden sei und die Kosten, trotz der Überschreitungen der ursprünglich geplanten 65 Millionen Euro, in einem erträglichen Bereich geblieben seien. Er zeigt sich zufrieden mit der bisherigen Entwicklung und lobt die Transparenz und Kontrolle im Projektverlauf.

Herr Jansen äußert sich hingegen zurückhaltender und weist darauf hin, dass noch viele Unsicherheiten bestehen, insbesondere im Hinblick auf den zweiten Bauabschnitt, der sich noch in einer frühen Phase befinde. Er betont, dass die endgültigen Kosten erst nach Abschluss des Projekts feststehen würden und warnt vor verfrühtem Optimismus.

Beschluss:

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss nimmt den aktuellen Kostenstand des Projektes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

6. Vorstellung der aktuellen Terminplanung Vorlage: 237/25

Frau Matianis erläutert die Projektfortschritte anhand einer Übersicht. Sie hebt hervor, dass das Rathauszentrum II der nächste große Meilenstein sein werde. Sobald dieser erreicht werde, sei mit einer Teilabrechnung zu rechnen. Sie weist darauf hin, dass die Technikzentrale gegenüber der letzten Vorstellung einen zusätzlichen Verzug von sechs Monaten aufweise, während die Aufstockung um vier Monate verzögert sei. Diese Verzögerungen stünden in direktem Zusammenhang mit dem Umbau des Erdgeschosses, des 1. OG und des Dreiecksbereichs. Sie erklärt, dass es Lieferverzögerungen bei Lüftungsbauteilen sowie Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit von Firmen gegeben habe, was eine Kettenreaktion zur Folge hatte. So konnten beispielsweise Arbeiten wie der Trockenbau, Malerarbeiten oder der Bodenbelag nicht abgeschlossen werden, da die Haustechnik nicht fertiggestellt werden konnte. Sie ergänzt, dass auch die Fertigstellung der Treppe durch fehlende Einbauteile und ein noch stehendes Gerüst, Auswirkungen auf den Einbau des Estrichs und den Bodenbelag gehabt habe. Frau Matianis betont, dass fortlaufend nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht werde, um weitere Verzögerungen zu vermeiden. Weiter berichtet sie, dass die Fassade des Rathauszentrums II derzeit montiert werde, nachdem

eine Lieferung von Sandstein aus Portugal eingetroffen sei. Durch Verzögerungen im Aufmaß und in der Werk- und Montageplanung habe es auch hier Verschiebungen gegeben. Insgesamt belaufe sich der Verzug für das Rathauszentrum II auf 16 Monate. Frau Matianis erklärt, dass man auch Fortschritte verzeichnen könne. Das 4. OG sei fertiggestellt und die EDV sowie die Schul-IT konnten bereits in die Räume einziehen. Sie berichtet weiter, dass mit der Fertigstellung des 1. OG im Juli 2026 gerechnet werde, wobei es einen aktuellen Verzug von 2,5 Monaten gebe. Die Fertigstellung der Mall sei weiterhin für Januar 2026 geplant. In Bezug auf das 2. bis 5. OG im Rathauszentrum I berichtet sie, dass im 5. OG die KFM-Dämmung zurückgebaut worden sei. Man gehe bei der Fertigstellung vom Rathauszentrum I aktuell von August 2027 aus.

Herr Christian Jansen möchte wissen, ob es noch Gewerke gebe, die im Verzug seien oder Unsicherheiten, die die geplante Fertigstellung beeinträchtigen können. Weiter möchte er wissen, ob es derzeit Probleme mit Bauunternehmen gebe, die den Zeitplan gefährden können oder ob der Projektverlauf wie geplant fortschreite.

Herr Dieckmann erklärt, dass es bei einem Umbau immer Unwägbarkeiten bis zur Fertigstellung geben werde, diese jedoch mit fortschreitendem Projektverlauf abnehmen würden. Nach aktuellem Stand seien die geplanten Termine realistisch und es gebe im Moment keine kritischen Gewerke, die den Zeitplan blockieren könnten. Er betont, dass die Zusammenarbeit mit den beteiligten Firmen gut voranschreite. Aufgrund der langen Bauzeitverzögerung sei es jedoch nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) nicht möglich, neue Termine zu erzwingen, weshalb ein kooperativer Ansatz verfolgt werde.

Herr Uphaus äußert deutliche Kritik an der bisherigen Projektabwicklung. Er bezeichnet die Terminplanung und Bauabläufe als „Trauerspiel“ und zeigt sich skeptisch, dass der Ratssaal und die Bibliothek wie geplant fertiggestellt werden können. Er bemängelt, dass in jeder Sitzung neue Verzögerungen von mehreren Monaten bekannt gegeben werden. Zudem berichtet er von Beschwerden seitens der Handwerker auf der Baustelle, die von unzureichenden Vorgaben durch die Architekten und einer zu geringen Anzahl an tätigen Handwerkern sprechen würden. Weiter kritisiert er den häufigen Wechsel der Projektleiter, sowohl bei der Stadt als auch beim Ingenieurbüro. Er hätte sich gewünscht, vor der Sitzung die Baustelle noch einmal zu besichtigen, um sich ein Bild vom Fortschritt zu machen.

Herr Bems erklärt, dass die vorliegende Zeitplanung in vielen Bereichen auf eine baldige Fertigstellung hindeute. Er betont aber auch, dass ein Blick auf die Baustelle vor der Sitzung hilfreich gewesen wäre. Herr Bems gibt an, keine konkreten Informationen zur Fertigstellung des neuen Ratssaals gefunden zu haben. Er betont, dass ein funktionsfähiger Ratssaal von großer Bedeutung sei und hofft, dass die Maßnahme nicht bis August 2027 andauere, sondern deutlich früher abgeschlossen werden könne. Abschließend zeigt er sich gespannt, ob die geplanten Einzugs- und Fertigstellungstermine tatsächlich eingehalten werden können.

Herr Doerenkamp äußert Zweifel an der Darstellung der Einsparung von 5 Monaten in der vorgelegten Tabelle. Er spricht Unklarheiten in der Tabelle an, die für ihn nicht logisch seien.

Frau Matianis erläutert die Tabelle, ihre Farben und Zeichen. Sie führt aus, dass die Darstellung auf einem früheren Planungsstand basiere und die graue Markierung die Vergangenheit abbilde. Sie betont, dass es keine neuen Maßnahmen gebe und die Verschiebung ausschließlich den Fertigstellungstermin betreffe.

Herr Dieckmann weist Anschuldigung zurück, dass jemand absichtlich falsche Informationen gebe. Er erklärt, dass die Einsparung von fünf Monaten ursprünglich auf der Entscheidung basiere, die Ratssaaldecke nicht abzubringen. Er erklärt, dass dies auf die Maßnahme Rathauszentrum II fast keine Auswirkungen habe und die Bauzeit beim Rathauszentrum I verkürzt wer-

den könne. Er räumt ein, dass der Begriff „Gesamtbauzeit“ möglicherweise missverständlich verwendet worden sei.

Frau Altehülsing ergänzt, dass die fünf Monate Einsparung auch darauf zurückzuführen seien, dass der Aufwand für den Abbruch der Ratssaaldecke ursprünglich unterschätzt worden sei. Sie erläutert, dass die Verlängerung der Bauzeit durch den Abbruch, durch andere Maßnahmen kompensiert worden sei, sodass die Gesamtbauzeit nicht weiter nach hinten verschoben werden müsse.

Herr Ortel äußert Verständnis für die Diskussion, betont jedoch, dass die Vorlage für ihn klar verständlich gewesen sei. Er merkt an, dass die Diskussion wenig neue Erkenntnisse gebracht habe und die kritischen Rückfragen eher Ausdruck von Befindlichkeiten als von inhaltlicher Klärung gewesen seien. Er plädiert für eine sachlichere Diskussion und weist darauf hin, dass die Kostenentwicklung im Rahmen bleibe.

Volker Brauer erinnert an eine frühere Nachfrage von Herrn Bems und erkundigt sich nach dem Fertigstellungstermin des neuen Ratssaals.

Herr Dieckmann geht davon aus, dass die konstituierende Sitzung im neuen Ratssaal stattfinden werde, wobei er den Termin mit dem 4. November angibt. Er betont, dass die Baustelle unter erheblichem Druck stehe und die Belastung, insbesondere für die dort tätigen Personen, hoch sei. Alle Beteiligten seien jedoch bemüht, das Projekt erfolgreich abzuschließen.

Beschluss:

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss nimmt den aktuellen Stand der Terminplanung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

7. Planungs- und Baufortschritt zum Ratssaal im Rathauszentrum I

Herr Christian Jansen äußert die Frage, welche Auswirkungen die nicht ursprüngliche Verwendung des alten Ratssaales auf die zukünftige Nutzung der betreffenden Räumlichkeit habe. Er betont, dass es von Bedeutung sei zu klären, ob diese Räumlichkeit weiterhin vollwertig genutzt werden könne. Zudem verweist er auf die umliegenden Räumlichkeiten und die bereits verabschiedete Planung, die eine spezifische Funktionalität für diese Räume vorgesehen habe. Er hebt hervor, dass insbesondere die Einhaltung von Arbeitsstättenrichtlinien, wie beispielsweise in Bezug auf die Lichteinflutung an Arbeitsplätzen, zu berücksichtigen sei. Auch sei im Gespräch gewesen, dass man diesen Raum in Zukunft noch ertüchtigen könne, wobei er Zweifel an der Realisierbarkeit der Ertüchtigung dieses zentralen Gebäudeteils habe. Er frage sich, ob der Aufwand, der aktuell vermieden werde, in Zukunft möglicherweise um ein Vielfaches höher ausfallen könne, falls eine grundlegende Sanierung oder doch ein Abriss erforderlich werde.

Herr Dieckmann erläutert, dass die Arbeitsstättenrichtlinien bei den neu entstehenden Arbeitsplätzen im Rathauszentrum eingehalten werden. Hinsichtlich der Nutzung des Ratssaales erklärt er, dass aufgrund des engen Zeitfensters zwischen der Informationsbeschaffung, der internen Entscheidungsfindung in der Verwaltung und der Vorlage zur Entscheidung in der Rats-

sitzung am 20. Mai keine Planung für eine zukünftige Nutzung des Raumes entstehen konnte. Er führt aus, dass der Raum derzeit von der Lüftung und der technischen Gebäudeausrüstung (TGA) abgeklemmt sei und daher nicht mehr für Aufenthalts- oder Sitzungszwecke genutzt werden könne. Eine zukünftige Nutzung sei nur unter Berücksichtigung brandschutztechnischer Maßnahmen, wie der Installation einer Sprinkleranlage, möglich. Weiter müssten Wände geöffnet werden, um Zugang zu Versorgungskanälen für Sanierungsarbeiten zu erhalten. Herr Dieckmann führt weiter aus, dass sechs Arbeitsplätze im 1. OG aufgrund mangelnder Belichtung wegfallen werden, aber durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe eine Lösung gefunden worden sei, um den Arbeitsbereich Druckerei weiterhin aufrechterhalten zu können. Er betont, dass die Entscheidungen und Planungen nicht leichtfertig getroffen worden seien, sondern auf einer gründlichen Abwägung der Optionen basiere. Er sehe es als seine Verantwortung an, auf Missestände hinzuweisen und alternative Wege vorzuschlagen, wenn er erkenne, dass bestehende Planungen nicht zielführend seien. Der Beschluss, die Baustelle entsprechend anzupassen, sei mehrheitlich vom Rat beschlossen worden.

Herr Jansen fragt nach, ob es sich bei dem besagten Raum jetzt um einen „Kellerraum“ handle oder ob dieser überhaupt noch für Bürotätigkeiten genutzt werden könne.

Herr Dieckmann bestätigt, dass es sich jetzt um einen „Kellerraum“ handle, der derzeit lediglich als Lager genutzt werden könne. Eine zukünftige Nutzung sei abhängig von weiteren Entscheidungen.

Herr Doerenkamp erkundigt sich bei Herrn Kresing, ob das Büro Kresing die in der Vorlage 116/25 aufgeführten Aussagen, die zu dem Ratsentscheid geführt haben, teile, oder ob es in bestimmten Punkten abweichende Ansichten gebe.

Herr Kresing erklärt, dass es hier um verschiedene Aspekte gehe. Hinsichtlich der Lärmbelästigung stimme er zu, dass der Umbau eine erhebliche Belastung für die im Rathauszentrum verbleibenden Personen darstellen würde. Ursprünglich sei man jedoch davon ausgegangen, dass diese Lärmbelastung für die Mitarbeiter zumutbar sei, sofern Verständnis hierfür aufgebracht werden könne. Er betont jedoch, dass die Geduld und Aufnahmefähigkeit der Betroffenen durch die Verzögerungen des Projekts allerdings abnehmen würde. Aus planerischer Sicht habe er die ursprüngliche Idee, den Ratssaal zu verlegen, als sinnvoll erachtet, da dies auch die Belichtung der Passage möglich mache, was die eigentlichen Beweggründe der Planung gewesen seien. Herr Kresing weist darauf hin, dass man im Prozess immer wieder neu abwägen müsse, wobei er der Letzte sei, der sagen würde, dass, was man vor 5 Jahren für richtig erachtet und aufgezeichnet habe, nun unbedingt ans Ziel geführt werden müsse. Dennoch könne er nachvollziehen, dass man heute anderer Meinung sei als zu Planungsbeginn. Wenn die Stadt Rheine als Bauherr und der Rat der Stadt Rheine aufgrund veränderter Rahmenbedingungen jetzt zu einer anderen Einschätzung gelange, würde er der Entscheidung natürlich folgen.

Herr Doerenkamp möchte wissen, warum man ursprünglich von einer Abbruchzeit von vier bis sechs Wochen ausgegangen sei und man jetzt von mindestens drei Monaten ausgehe.

Herr Kresing erklärt, dass die Terminpläne stets in Absprache mit den beteiligten Firmen erstellt worden seien. Die Verlängerung der Abbruchzeit sei ebenfalls in Rücksprache mit den Firmen kommuniziert worden. Er führt aus, dass die Arbeiten am Rathaus aufgrund der baulichen Gegebenheiten und des laufenden Betriebes besonders anspruchsvoll seien. Zudem sei in der Vergangenheit auf ein Aufmaß verzichtet worden, was die Planung und Durchführung zusätzlich erschwert habe. Er betont, dass die aktuellen Zeitangaben auf den Einschätzungen der ausführenden Firmen basiere und er diese daher als realistisch ansehe. Die ursprünglichen Zeitangaben seien unter anderen Rahmenbedingungen entstanden.

Herr Bems äußert sich zu den bisherigen Entscheidungen und hebt hervor, dass es im Hinblick auf Aufwand und Kosten richtig gewesen sei, das Projekt zu überdenken. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass es unbefriedigend sei, einen Gebäudeteil im Zentrum des Gebäudes ungenutzt zu lassen, während im Rahmen der Gesamtmaßnahme an anderen Stellen umfangreiche Arbeiten durchgeführt werden. Er betont, dass bei der Beschäftigung mit der Maßnahme das Bedürfnis entstehe, eine Lösung für diesen Gebäudeteil zu finden. Er erwarte nach der Sommerpause ein Konzept für eine zukünftige Vorgehensweise sowie mögliche Varianten für die kurz- und langfristige Entwicklung, die dann in einem geeigneten Gremium beraten werden können.

Herr Dieckmann stimmt dem Grundgedanken zu und erklärt, dass bereits Überlegungen angestellt worden seien, aber die begrenzten Personalkapazitäten eine gleichzeitige Bearbeitung aller Themen nicht zulasse.

Herr Christian Jansen erklärt, dass die Konsequenzen der Entscheidungen nicht ausreichend durchdacht worden seien. Er betont, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe zu erfahren, ob die Verwaltung sich mit den frühzeitig gegebenen Hinweisen auseinandergesetzt habe und warum diesen nicht nachgegangen worden sei. Zudem kritisiert er die späte Information des Rates, da die Vorlage erst eine Woche vor der Sitzung vorgelegen habe. Er führt aus, dass eine frühzeitige Kommunikation, beispielsweise in Fraktionsvorsitzendenbesprechungen, den politischen Akteuren die Möglichkeit gegeben hätte, sich besser vorzubereiten. Herrn Jansen hebt hervor, dass der entstandene Zeitdruck vermeidbar gewesen wäre.

Herr Hachmann erklärt, dass die Situation, insbesondere die Terminplanung, nicht optimal verlaufen sei. Er bezeichnet die Umplanung als eine Entscheidung, die nicht freiwillig getroffen worden sei, sondern durch äußere Einflussfaktoren erzwungen wurde und die ursprüngliche Planung aufgrund gravierender Begleiterscheinungen nicht weiterverfolgt werden konnte. Herr Hachmann stellt klar, dass die Entscheidung unter den gegebenen Umständen alternativlos gewesen sei und bedauert, dass die heute vorliegenden Informationen nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt verfügbar gewesen seien. Er kritisiert, dass der Rat in eine Situation gebracht worden sei, in der eine Wahl zwischen zwei unbefriedigenden Optionen getroffen werden musste und weist darauf hin, dass die Umplanung nicht aus freien Stücken erfolgt sei.

Herr Ortel erinnert an seine Aussage während der Ratssitzung im Mai, dass es keine Wahl gegeben habe und stimmt den Ausführungen von Herrn Hachmann zu. Er weist darauf hin, dass die UWG sich damals der Stimme enthalten habe, kritisiert jedoch, dass bis heute unklar sei, welche Tatsachen zu welchem Zeitpunkt dazu geführt haben, in diese Überlegung einzusteigen. Auch er bemängelt die kurzfristige Beschlussvorlage, die dem Rat im Mai vorgelegt worden sei. Er äußert Unverständnis darüber, dass bereits Anfang des Jahres Anzeichen für die Notwendigkeit einer Umplanung bestanden habe, jedoch erst im Juli signalisiert worden sei, dass man sich mit der Thematik auseinandersetzen wolle.

Herr Dieckmann berichtet, dass er seit November in die Planung involviert sei. Er erklärt, dass er im Februar die Information erhalten habe, dass die Vorbereitungen für den Abbruch des Ratsaals im Juni beginnen sollen, gefolgt vom maschinellen Abbruch. Er beschreibt, dass verschiedene Abbruchvarianten geprüft worden seien, wobei Aspekte wie Lärmschutz und Arbeitsschutzrichtlinien eine zentrale Rolle gespielt haben. Die Fachabteilung habe die Optionen abgewogen, bevor die Entscheidung im Verwaltungsvorstand getroffen worden sei. Danach habe man die Ratsvorlage erstellt, die am 20. Mai eingebracht wurde und die erste Möglichkeit gewesen sei, den Rat zu informieren.

Herr Ortel fragt nach der Herkunft der Information, die im Februar an die Verwaltung herangetragen worden sei und ob diese nicht bereits früher hätte erkannt werden können.

Herr Dieckmann erläutert, dass er die Fragestellung zunächst durch Informationen seiner Projektleiterinnen bekommen habe, die in die Planungen mit den Architekten eingestiegen seien. Er betont, dass der Rückbau des Ratssaales in die ausführungsfähige Planungsphase überführt werden müsse.

Frau Altehülsing führt aus, dass die Arbeiten am Projekt erst im Februar begonnen hätten und man sich kurzfristig mit verschiedenen Aspekten, wie der Positionierung eines Krans etc. auseinandersetzen musste. Sie erwähnt, dass Frau Dietz zu diesem Zeitpunkt noch in das Projekt involviert gewesen sei. Es habe Bedenken gegeben, insbesondere hinsichtlich des Arbeitsschutzes, da die Arbeiten zum Rückbau drei Monate in Anspruch nehmen würden. Sie weist darauf hin, dass die Entscheidung, die Reißleine zu ziehen, in einem dynamischen Arbeitsprozess gemeinsam mit Herrn Dieckmann getroffen worden sei.

Herr Volker Brauer äußert die Ansicht, dass eine Sondersitzung des zuständigen Ausschusses im April möglich gewesen wäre, um die Thematik zu behandeln. Er fragt nach, ob der Verwaltungsvorstand die Entscheidung bereits am 14. April getroffen habe.

Herr Dieckmann bestätigt, dass die Thematik in der Sitzung des Verwaltungsvorstands am 3. April vorgetragen worden sei. Er erklärt, dass weitere Untersuchungen, wie z. B. die Luftschallmessung, beauftragt worden seien, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Herr Volker Brauer zeigt sich überrascht über die Antwort und kritisiert, dass keine Sondersitzung des Ausschusses einberufen worden sei. Er hinterfragt die Zuständigkeit des Rates und verweist auf die Zuständigkeitsordnung, die den Ausschuss als fachlich zuständig ausweise.

Herr Dieckmann erklärt, dass er zunächst ebenfalls von der Zuständigkeit des Ausschusses ausgegangen sei, jedoch von der Sitzungsleitung darauf hingewiesen worden sei, dass der Bauentschluss vom Rat gefasst worden sei und daher auch vom Rat zurückgenommen werden müsse.

Herr Jansen merkt an, dass die fachliche Abwägung bereits im April abgeschlossen gewesen sei und kritisiert, dass keine frühzeitige Diskussion im Ausschuss stattgefunden habe. Er plädiert dafür, in Zukunft eine bessere Vorbereitung und Einbindung der politischen Gremien sicherzustellen, um eine fundierte Diskussion und Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Herr Brunsch unterstützt diese Ansicht und betont, dass ein Empfehlungsbeschluss des Ausschusses an den Rat möglich gewesen sei.

Herr Doerenkamp bringt die Frage nach statischen Problemen bei der Baumaßnahme auf und bittet um Aufklärung.

Herr von Klonczynski stellt klar, dass eine Statik vorgelegen habe und lediglich im Detail Anpassungen vorgenommen werden mussten.

Herr Dr. Konietzko möchte wissen, seit wann die Statik vorgelegen habe.

Herr von Klonczynski erklärt, dass die Statik bereits vor der Ausschreibung vorgelegen habe und ein Abbruchkonzept erstellt worden sei, das bewusst flexibel gestaltet wurde, um verschiedene Möglichkeiten des Abbruchs berücksichtigen zu können.

8. Anfragen und Anregungen

Dr. Konietzko erklärt, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Anfragen und Anregungen“ keine weiteren Anregungen vorliegen würden, da diese bereits umfassend in den vorangegangenen Diskussionen behandelt worden seien. Er bittet die Anwesenden um Geduld für eine kurze Präsentation, die er als persönlichen Abschluss der letzten Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses vorbereitet habe. Er weist auf die Zuständigkeitsordnung des Ausschusses hin, die mit großem Aufwand erarbeitet worden sei, um klare Verantwortlichkeiten in Bezug auf Zeitpläne, Kostenentwicklung, Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie die Ausstattung öffentlichkeitswirksamer Bereiche, wie der Bibliothek und der Multifunktionsräume, festlegen zu können. Weiter geht es über zahlreiche Sitzungen, der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt, die Dashboards für den aktuellen Informationsstand, Baufortschritte und nicht zuletzt über die Kosten. Dr. Konietzko reflektiert abschließend seine persönlichen Erfahrungen und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit.

Ende der Sitzung:

19:08 Uhr

Dr. Manfred Konietzko
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin